



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Z/X/81 - 7.4.1955

Hinweise

auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 690

Fernschreiber: 069 89C

Österreich als Probefall	S. 1
Die Feingruppierung in Mittleren Osten	S. 5
Zwei Briefe aus der SBZ	S. 5

Bundeskanzler Rasbs Osterreise

A.E. Am Ostermontag trifft der österreichische Bundeskanzler in Moskau ein. Erstmals seit zehn Jahren betritt mit ihm und seinen Begleitern, zu denen der Vorsitzende der Österreichisch-sozialistischen Partei, Vizekanzler Schürf und der außenpolitische Experte dieser Partei, Staatssekretär Kreisky, gehören, eine Wiener Regierungsdelegation sowjetrussischen Bodens.

Österreich wurde genau vor zehn Jahren unter entscheidenden Anteil der roten Armee vom Würgegriff des verendenden Dritten Reiches befreit, es erhielt eine verantwortliche Regierung, durfte sogar in voller Freiheit wählen, aber es blieb ihm bis zum heutigen Tage die volle staatliche Souveränität versagt. Nach einem berüchtigt gewordenen Ausspruch des verstorbenen Bundespräsidenten Renner gleicht Österreich einem kleinen Boot, in dem sich vier Elefanten tummeln, nämlich die vier Besatzungsmächte. Diplomatischen Anstrengungen vergangener Jahre, diese drückende Last loszuwerden, war kein Erfolg beschieden. Die Elefanten fanden Wohlgefallen an diesem Boot und richteten sich häuslich ein. Alle vier Besatzungsmächte hatten sich in der Moskauer Deklaration vom Oktober 1943 zur Wiederherstellung der österreichischen Unabhängigkeit verpflichtet. Diese feierlich eingegangene Verpflichtung blieb ein Stück Papier; dass es nicht hielt, was es den Österreichern versprach, war natürlich immer die Schuld der anderen. Unzählige Konferenzen der Außenminister und ihrer Stellvertreter traten auf der Stelle. Der offenkundige Zusammenhang der österreichischen Frage mit der deutschen Frage ließ sich seit dem Tage nicht mehr verleugnen, an dem die Sieger des zweiten Weltkrieges über Deutschland uneinig wurden.

Mit der Einladung der österreichischen Delegation nach Moskau gelang der sowjetischen Diplomatie ein Meisterzug. Den drei westlichen Besatzungsmächten kam die sowjetrussische Initiative in diesem Zeitpunkt höchst ungelegen, und noch ehe der volle Inhalt der Moskauer Österreichvorschläge bekannt war, sprachen sie von sowjetrussischen Propagandatricks, dazu angetan, Wien in neue Hoffnungen einzulullen.

Die Österreicher, geschult in zehnjähriger Besatzungszeit und erfahren im Umgang mit den Besatzungsmächten, nahmen das sowjetische Angebot ernster als ihre westlichen Besetzer. Sie wollen selbst herausfinden, wie weit die Russen an einer wirklichen Lösung der österreichischen Frage interessiert sind und sie trauen sich die Fähigkeit zu, auch die Fallstricke zu erkennen, die in den Moskauer Vorschlägen enthalten sein mögen. Größte Aufmerksamkeit der österreichischen Unterhändler dürfte wohl das Verlangen Moskaus beanspruchen, Österreich solle neutral bleiben und keinem der bestehenden Bündnissysteme beitreten. Sollte Wien diese Verpflichtung brechen, hätten die alten Mächte wieder das Recht des Wiedereinmarsches. Wer bestimmt jedoch den Bruch einer solchen Verpflichtung? Die Sowjetunion allein oder mit den Westmächten zusammen? Man sieht, an hartem Gesprächsstoff wird es nicht fehlen...

Schon auf der verunglückten Berliner Konferenz vom Januar/Februar letzten Jahres hatte der österreichische Außenminister Figl, den Willen und die Entschlossenheit Österreichs betont, sich an keinem Bündnissystem zu beteiligen, das eine Besatzungsmacht oder eine Gruppe von Besatzungsmächten als eine gegen sich gerichtete Drückung betrachtet. Mit anderen Worten: Es verpflichtete sich zu Neutralität und dachte wohl dabei an eine Stellung ähnlich derjenigen der Schweiz. Diese Willensbekundung Wiens fiel damals unter den Tisch, weil die vier Besatzungsmächte in Berlin einig waren, sich nicht über Österreich und Deutschland zu einigen. Moskau hat nach einem Jahr diese österreichische Idee der Bündnislosigkeit aufgegriffen, es verlangt nun zusätzliche Garantien und besteht nicht mehr zum Abschluß des Staatsvertrages auf eine vorherige Einigung in der Deutschlandfrage. Es hat damit anscheinend den österreichischen Komplex aus den Schatten des viel größeren und vielschichtigeren Deutschlandproblems herausgenommen. Doch der Anschein trügt, die Sowjetunion sagt zwar Österreich, meint aber Deutschland.

Die Westmächte sind von der Vorstellung einer militärischen Neutralität Österreichs nicht erbaut, diese würde, so ließ man der Wiener Regierung wissen, mit der Würde eines unabhängigen Österreichs nicht in Einklang stehen. Welch seltsame Logik! Der vor ihnen selbst ausgearbeitete Entwurf des Staatsvertrages sah für Österreich bestimmte Auflagen vor, beschränkte also seine Handlungsfreiheit. Wenn um den Preis des Heraushaltens von jedem Bündnissystem von der Sowjetunion für Österreich die Unabhängigkeit und damit der Abzug der Besatzungstruppen zu erhalten wäre, dann wollen die Westmächte diese Unabhängigkeit nicht gewähren - das ist fürwahr eine erstaunliche Wendung. Die darin liegende Gefahr einer Verlängerung des Status quo für Österreich scheinen die Westmächte also in Kauf nehmen zu wollen. Ein von Militärbündnissen freies und von den vier Besatzungsmächten garantiertes Österreich - wäre das nicht ein möglicher Ansatzpunkt für eine Lösung der deutschen Frage? Damit aber will und kann sich der Westen nach der Ratifizierung der Pariser Verträge nicht befremden. So wird die Reaktion der drei Westmächte auf die Ergebnisse von Raabs Moskau-Reise für die Beurteilung der westlichen Deutschlandpolitik ein entscheidender Gradmesser sein. *vertraglich verankerten

* * *

7.4.1955

Dreierbündnis Türkei-Irak-Großbritannien

E.A.-London

Die Umgruppierung im Mittleren Osten, die Aufteilung der Araberstaaten in rivalisierende Bündnissysteme geht schneller vor sich, als man noch vor kurzen erwarten konnte. Am 4. April unterzeichnete der britische Unterstaatssekretär Turton in Bagdad das neue englisch-irakische Abkommen, am darauffolgenden Tage trat Großbritannien dem türkisch-irakischen Beistandspakt bei.

Der Vertrag von Bagdad ist als das Kernstück eines Verteidigungssystems des Mittleren Ostens geplant. Aufgemuntert von Washington hat Sir Anthony Eden sich für diesen Weg entschlossen, um Großbritannien auch nach dem Ende seiner Machtposition am Suezkanal einen bestimmenden Einfluss im Mittleren Osten zu sichern.

Es ist noch nicht geklärt, welche Staaten sich dem neuen Dreierbündnis Türkei-Irak-Großbritannien anschließen werden. In London rechnet man auf Pakistan und Persien. Auch der spätere Anschluß der Vereinigten Staaten wird als erwünscht angesehen. Wie sich die verschiedenen Araberstaaten entschließen werden, hängt wahrscheinlich von dem intensiven Wettstreit zwischen Ankara und Bagdad einerseits und Kairo andererseits um die Freundschaft und den Beistand der arabischen Länder ab.

Der neue irakisch-britische Pakt ersetzt den Vertrag von 1932, der Großbritannien eine Reihe militärischer Stützpunkte in Irak einräumte. Nun wird die britische Flagge, die ein Menschenalter lang über den Flugplätzen Habbaniya am Euphrat und Shaiba bei Basra wehte, eingeholt werden. Aber wenn diese wichtigen Flugstützpunkte von der irakischen Luftwaffe in Besitz genommen sein werden, so werden sie auch weiterhin für Ausbildungs- und Manöverzwecke für ihre Alliierten verfügbar bleiben. Britisches Bodenpersonal wird in Irak stationiert werden und Einheiten der Royal Air Force werden den irakischen Flugplätzen periodische Besuche abstatten.

7.4.1955

Kritisiert wurden die neuen Abkommen aus vier Hauptstädten. Wie zu erwarten war, kamen die stärksten Anschuldigungen aus Moskau. Außenminister Molotow hat den syrischen Botschafter zu einer "wichtigen Unterredung" zu sich gebeten. Die sowjetische Diplomatie bemüht sich also, ein weiteres Ausbreiten des Bündnissystems zu verhindern.

In Delhi äußerte sich aus allgemeinen Betrachtungen heraus Premierminister Nehru gegen das neue Bündnissystem. Indiens Interessen im Mittleren Osten sind allerdings nur indirekt betroffen. Aber Nehru missbilligt generell regionale Verteidigungsabkommen, obwohl sie nach der Charta der Vereinten Nationen zulässig sind. Allianzen wirken nach seiner Meinung provozierend auf die Länder, gegen die man sich zu schützen vorgibt. Nehru hat wahrscheinlich recht, wenn er betont, dass der neue Vertrag Unruhe im Mittleren Osten verursacht, denn er hat die Araberliga gespalten.

Kairo will nicht untätig zusehen, wie ihm die Führung der Araberstaaten aus den Händen gerungen wird. Vorläufig sucht es, die restlichen Araberländer umso fester an sich zu ketten. Es bleibt nur abzuwarten, ob nicht in Zukunft auch Kairo mehr Vorteil darin sehen wird, sich aktiv in die Neuordnung einzuschalten, als beiseite zu stehen und damit unweigerlich seine Rolle als führendes Mitglied der Araberliga zu verlieren, wenn diese sich allmählich in nichts auflöst.

Am schwierigsten wird es wohl sein, die tiefen Befürchtungen zu zerstreuen, die das neue Bündnissystem in Israel erweckt hat. Gewiß, Israel kann die langsame Auflösung der feindlichen Araberliga nur mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen. Aber die kritisch-irakische Allianz ist nur der Auftakt zu einer den ganzen Mittleren Osten umfassenden Sicherheitsorganisation. Israel aber ist ein Teil der Region und beklagt sich mit einer gewissen Berechtigung, dass es bei der Vorbereitung und dem Abschluß des Vertrages weder gefragt noch konsultiert wurde. Es muß befürchten, dass die neue Organisation vorwiegend arabisch sein wird. Bereits jetzt erhalten Irak und Ägypten Waffenlieferungen von den Westmächten, die das prekäre Gleichgewicht im Mittleren Osten zuungunsten Israels belasten. Israel hat seit langem von den Westmächten eine Garantie seiner Grenze gefordert - aber London verschloß sich diesem Wunsch. Die britische Diplomatie wird sich bemühen müssen, ein Bindeglied zwischen der regionalen Mittel-Ost-Organisation und den westlichen Verpflichtungen Israel gegenüber zu finden, sonst würde der arabisch-israelitische Konflikt ein Dorn im Fleisch des neuen Sicherheitssystems bleiben.

* * *

- 5 -

Ungewißheit und Furcht

Die Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang sagen:
Nur Adenauer bringt Einheit, Freiheit, Sicherheit,
Frieden.

sp - Es gehört ein erstaunlicher Mut dazu, solches heute der westdeutschen Öffentlichkeit vorzusetzen. Der Berliner "Bund aktiver Demokraten", eine obskure und von unkontrollierbarer Geldquellen finanzierte Vereinigung, zeichnet als verantwortlich für den obigen Text eines Plakats, mit dem in diesen Tagen die Bundesrepublikaner beschert wurden. Selbst Adenauer freundlich gesinnte ausländische Zeitungen, wie der Berner "Bund", wußten kürzlich von der Niedergeschlagenheit, Verzweiflung und der Resignation zu berichten, die sich gerade in diesen Wochen der Bevölkerung in der Zone bemächtigt hat. Sie sieht die Chancen einer Wiedervereinigung in Freiheit dank der unvermeidlichen Folgen der Bonner Aufrüstungspolitik immer mehr dahinschwinden. Aus der Unzahl von Briefen, die uns täglich aus der sowjetischen Besatzungszone erreichen, seien auszugeweiht zwei Schreiben veröffentlicht, in denen sich die schmerzliche Enttäuschung über den Bonner Regierungskurs spiegelt:

In einem Bericht, der uns aus Dresden erreichte, befanden sich folgende Passagen:

"Die jetzige Entwicklung der Lage wird von den meisten mit steigender Unruhe betrachtet. Zur Zeit der Bundestagsdebatte gab es sehr geteilte Meinungen über die Pariser Verträge. Nachdem jetzt aber der Paketverkehr eingeschränkt und der Straßenverkehr nach Berlin erschwert wurde und auch die verstärkte KVP-Rüstung Wirklichkeit geworden ist, überwiegen ernste Sorgen um die Zukunft. Der sieges- sichere Optimismus vieler Anhänger der Adenauerpolitik ist über Nacht in Ungewißheit und Furcht vor neuen Maßnahmen ungeschlagen..... Die Forderungen der Opposition im Bundestag beginnen gerade jetzt, einen immer stärkeren Nachhall zu bekommen..."

In einem Brief aus einem Dorf bei Brandenburg heißt es:

"Bei allen Gesprächen - soweit man sie hier führen kann - stellt sich immer wieder heraus, dass diejenigen, die den festen Willen haben, solange wie möglich an ihrem Platz auszuharren, gleichzeitig das meiste Verständnis für die Haltung der SPD gegen die Pariser Verträge haben. Die Ratifizierung hat unter großen Teilen der Bevölkerung Hoffnungslosigkeit und Pessimismus über die Möglichkeiten zur Wiedervereinigung ausgelöst.... Immer wieder hört man auch Stimmen über die Passivität der Bundesregierung. Man vermißt Maßnahmen, die die Kommunisten zwingen könnten, das Leben der Zonenbevölkerung zu erleichtern."

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau